

Polizeiliche Einsätze in Fällen mit mutmaßlich rechtsextremistischem Hintergrund standen in Sachsen-Anhalt wiederholt im Zentrum öffentlicher Kritik. Die fiel besonders heftig aus, wenn es Anlass zur Vermutung gab, dass Polizisten bei der Aufnahme und Bearbeitung von mutmaßlich fremdenfeindlich motivierten Gewaltstraftaten nicht mit der angemessenen *Sensibilität* an ihre Aufgabe herangingen. So wären beispielsweise beim Überfall durch drei Personen deutscher Staatsangehörigkeit auf einen türkischen Döner-Imbiss-Betreiber in einer Kleinstadt „K“ im Februar 2012 erforderliche polizeiliche Maßnahmen unterblieben. Ein Beamter, der den Notruf entgegennahm, habe der Frau des Opfers erklärt, sie solle doch jemanden ans Telefon holen, der Deutsch spreche, was bei den Betroffenen nach eigenen Angaben einen schockierenden Eindruck hinterließ. Auch die weitere Einsatzkommunikation und das gesamte Einsatzmanagement seien unprofessionell und nicht vorgabengerecht gewesen. Ein Streifenwagen wurde ohne Sondersignal zum Einsatz beordert. Zudem wurde der polizeiliche Staatsschutz nur informiert, aber nicht zum Tatort geschickt.

Eine besondere Brisanz gewann der Fall, da dem türkischen Imbissbetreiber während des Angriffs und sogar noch einen Tag später gedroht worden sei, dass er seinen Imbiss bis zum „Führergeburtstag“ schließen solle, anderenfalls würde der Laden brennen und er persönlich stünde – in Anspielung auf die Opfer der ‚Zwickauer Terrorzelle‘ – auch in der Zeitung.

Dass es „massive Fehler“ bei diesem Polizeieinsatz gegeben hat, räumt Sachsen-Anhalts Innenminister gegenüber der Mitteldeutschen Zeitung ein. „Die Sensibilität für so etwas ist in einigen Teilen der Polizei nicht vorhanden, das schadet dem Ansehen der Polizei, das schadet dem Ansehen des Landes“, befindet er und äußert zugleich sein Unverständnis darüber, dass „einige Polizisten in Sachsen-Anhalt nach all den Jahren mit Aufklärung und Schulungen noch immer nicht begreifen, dass Drohungen im Zusammenhang mit dem Geburtstag Hitlers in einem

von Türken betriebenen Döner-Imbiss von besonderer Brisanz sind. Gerade in Sachsen-Anhalt, und schon weit vor dem Bekanntwerden der Morde der Zwickauer Terrorzelle“.¹ Übrig bleibt Betroffenheit und die Suche nach Erklärungen für das eingeräumte polizeiliche Fehlverhalten. Die Frage, warum „die Sensibilität für so etwas (...) in einigen Teilen der Polizei nicht vorhanden (ist)“, muss erst noch beantwortet werden.² Dass bei Polizeibeamtinnen und -beamten diesbezüglich Professionalisierungsbedarf besteht, wird in der Polizeiorganisation von Sachsen-Anhalt nicht in Abrede gestellt. Hierzu sind schon in der Vergangenheit einige Bemühungen im Bereich der Aus- und Fortbildung unternommen worden.

Der geschilderte Fall war der Auslöser für den Auftrag zur vorliegenden Studie. Das Thema „Polizei und Umgang mit Fremden respektive Migranten“ wird seit mehr als 20 Jahren immer wieder aus verschiedenen Perspektiven auch in anderen Bundesländern wissenschaftlich untersucht und es werden teilweise aner kennenswerte Anstrengungen zur Professionalisierung unternommen (vgl. Kap. 3).

Der Fall „K“ ist in Sachsen-Anhalt nicht einzigartig. Solche und ähnliche Vorwürfe gegenüber der Polizei, verbunden mit Zweifeln an der Angemessenheit ihres Einsatzverhaltens in Fällen mit mutmaßlich rechtsextremistischem und rassistischem Hintergrund, sind seitdem nicht aus den Schlagzeilen verschwunden. Zwei Jahre nach dem Bekanntwerden der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) und wenige Monate nach Ende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses dazu im Bundestag befindet die Mobile Opferberatung für Opfer rechter Gewalt, „dass Polizei und Justiz in Sachsen-Anhalt vielerorts zur Tagesordnung übergegangen sind“ (Informationsblatt Nr. 44 Winter 2013/2014, S. 1). Nach wie vor stehen Vorwürfe, bezogen auf eine Reihe von Fällen, im Raum. Hier wird scharf von „*unsäglicher Verharmlosung*“ und von „*kompletter Ignoranz*“ rassistischer Angriffe und Tathintergründe auf Migrantinnen und Migranten geschrieben sowie eine „Gewöhnung an rassistische Beleidigungen“ angenommen (ebd., S. 4–5). Zahlreiche Betroffene unterschiedlichen Alters und verschiedener Schichten berichten der Mobilen Opferberatung über traumatische Rassismuserfahrungen (ebd., S. 6–9).

Auch aus der Perspektive der polizeilichen Aufgabenstellung resultiert in solchen Fällen ein Aufklärungsbedarf. Verlautbarungen der Polizei und ihrer Interessenvertreter, es handele sich um Einzelfälle und nicht um ein durchgehendes Muster polizeilichen Handelns, wird durch die Befunde einiger Untersuchungen widersprochen (vgl. Kap. 3). Gerade weil die Polizei in unserer Gesellschaft eine

¹ <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/muecheln-fehlende-sensibilitaet,20641266,17304674.html> (Stand: 14.03.2013).

² ebd.

ausgesprochen hohe Vertrauensstellung genießt und die Polizistinnen und Polizisten einen bedeutenden gesellschaftlichen Dienst mit überwiegend hoher Qualität leisten (vgl. Schicht 2007, S. 8), werden ihre Fehler berechtigterweise besonders kritisiert.

„Polizisten stehen als Vollzieher staatlicher Gewalt im besonderen Licht der Öffentlichkeit. Durch ihre weitreichenden Eingriffsbefugnisse in die Grundrechts-sphäre der Bürger ist von ihnen zu erwarten, dass sie ethische Standards verwirklichen und ihr Handeln kontinuierlich reflektieren“ (Gabriel 2011, S. 73). Die Polizei hat im Rahmen ihrer Zuständigkeit gegenüber allen Menschen zuverlässige Dienstleistungen zu erbringen. Daher stimmt ein Abweichen polizeilichen Verhaltens auch in Einzelfällen bedenklicher als in anderen Berufen, da Polizisten an der Schnittstelle von Staat und Gesellschaft agieren und über das Gewaltmonopol verfügen (Ahlheim und Heger 1996, S. 169).

Eine empirische Untersuchung zur Frage der „Sensibilität im polizeilichen Umgang mit migrantischen Opfern“ stößt auf Widerstände, die überwunden werden müssen. Polizisten reagieren sehr sensibel, wenn sie auf das Thema angesprochen werden. Ihre Reaktionen sind vom Bemühen zur Rechtfertigung und Legitimation des polizeilichen Handelns geprägt, die als Abwehrhaltung gegenüber Kritik verstanden werden können. Die Polizisten befürchten, dass ihr Handeln stigmatisiert wird. Solche wahrgenommenen Stigmatisierungen verhindern die selbstkritischen Reflexion polizeilichen Handelns nicht nur bei diesem Thema, sondern auch bei anderen (vgl. Apelt und Häberle 2012, S. 159–160).

Im Verlauf der Erhebungen für die vorliegende Studie hatten sich einige Polizeibeamte der ausgewählten Zielgruppen trotz zugesicherter Anonymisierung zurückgezogen oder die Aufnahme eines Interviews verweigert, weil sie nachteilige Konsequenzen befürchteten, wenn sie ihre Erfahrungen und Deutungen zum „Thema“ unverstellt äußern. Diese Reaktionen deuten auf die Hemmnisse hin, die nicht durch den für die Polizei zu erwarteten Erkenntnisgewinn kompensiert werden kann. Umgekehrt ist die Gefahr sozial erwünschten Antwortverhaltens bei den Teilnehmern der Untersuchung als hoch und wenig kontrollierbar einzuschätzen. Aus dieser Problematik wurden Konsequenzen hinsichtlich des methodischen Zugangs zum Forschungsproblem in der vorliegenden Studie gezogen (vgl. Kap. 4).

Insgesamt werden mit der Studie drei hauptsächliche Zielstellungen verfolgt, die in den folgenden untersuchungsleitenden Forschungsfragen zum Ausdruck kommen:

1. Gibt es belastbare Hinweise für eine mangelnde Sensibilität von Polizeibeamtinnen und -beamten der Landespolizei Sachsen-Anhalts im Umgang mit migrantischen Opferzeugen in Einsätzen bei vorurteilsmotivierten Straftaten und wie stellen sich diese konkret dar?
2. Wenn es diese belastbaren Hinweise auf eine mangelnde Sensibilität gibt, wie lassen sich diese erklären?
3. Welche konkreten Erfolg versprechenden Maßnahmen sind in der Landespolizei Sachsen-Anhalts erforderlich, um die Sensibilität von Polizeibeamtinnen und -beamten im Umgang mit migrantischen Opferzeugen in Einsätzen bei vorurteilsmotivierten Straftaten zu erhöhen?

Der zu erwartende empirische Erkenntnisgewinn ist auf die Verbesserung der polizeilichen Lern- und Fehlerkultur insgesamt ausgerichtet.

Der Umgang der Polizei mit migrantischen Opfern

Eine qualitative Untersuchung

Asmus, H.-J.; Enke, Th.

2016, IX, 221 S. 6 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-10439-9